



Inflation im September bei 3,3 Prozent: Energiepreise treiben die Teuerung, Kerninflation bleibt stabil

Ute Pappelbaum

Die deutsche Wirtschaft soll in diesem Jahr stärker wachsen als bislang erwartet. Gleichzeitig müssen Verbraucher für Benzin, Diesel und Heizöl erheblich mehr bezahlen als noch vor einem Jahr. Zwei Entwicklungen, die zunächst wenig zusammenzupassen scheinen, aber durchaus gleichzeitig stattfinden können. Denn während sich die Konjunktur nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds allmählich erholt, sorgt der Krieg im Nahen Osten für einen erneuten Anstieg der Energiepreise, der inzwischen deutlich in der deutschen Inflationsstatistik sichtbar wird.

Das Statistische Bundesamt hat die Inflationsrate für September 2026 mit 3,3 Prozent bestätigt. Im August hatte sie noch bei 2,9 Prozent gelegen, im Juli bei 2,8 Prozent. Damit erreicht die Teuerung den höchsten Stand seit Dezember 2023. Allerdings zeigt ein genauerer Blick auf die Daten, dass sich die Preisentwicklung keineswegs in allen Wirtschaftsbereichen gleichermaßen beschleunigt.

Energiepreise treiben die Inflation auf einen neuen Jahreshöchststand

Energieprodukte verteuerten sich im September gegenüber dem Vorjahresmonat um 14,9 Prozent. Besonders

ausgeprägt war der Anstieg bei leichtem Heizöl mit 74,9 Prozent und bei Kraftstoffen mit 37,1 Prozent. Allein gegenüber August mussten Verbraucher für Heizöl 18,5 Prozent und für Kraftstoffe 6,9 Prozent mehr bezahlen.

Die Entwicklung steht im Zusammenhang mit den seit Beginn des Iran-Kriegs gestiegenen Rohölpreisen. Sie trifft eine Volkswirtschaft, in der zahlreiche Unternehmen von Transportleistungen, Logistik und ölpreisabhängigen Vorprodukten abhängig sind.

Allerdings betrifft der Preisanstieg nicht sämtliche Energieträger. Strom war im September um 5,5 Prozent günstiger als ein Jahr zuvor, Erdgas um 2,8 Prozent und Fernwärme um 1,0 Prozent. Die Energiepreisentwicklung fällt damit wesentlich uneinheitlicher aus, als es die Gesamtinflationsrate vermuten lässt.

Für Unternehmen entsteht daraus eine unterschiedliche Kostenbelastung, die sich abhängig von Energiebedarf, Lieferverträgen und Möglichkeiten zur Weitergabe höherer Preise auf ihre wirtschaftliche Entwicklung auswirken kann.

Kerninflation zeigt bislang keinen breiten Preisschub

Besonders aufschlussreich ist die Entwicklung der Kerninflation, bei der Energie und Nahrungsmittel nicht berücksichtigt werden. Sie lag im September wie bereits im Juli und August bei 2,4 Prozent und damit deutlich unter der Gesamtinflation.

Ohne Energie betrug die Teuerungsrate 2,1 Prozent, ohne Heizöl und Kraftstoffe lediglich 1,8 Prozent.

Auch die Preise für Dienstleistungen entwickelten sich vergleichsweise moderat. Sie stiegen gegenüber September 2025 um 2,7 Prozent, nachdem sich ihr Preisauftrieb bereits in den Vormonaten abgeschwächt hatte. Nahrungsmittel verteuerten sich binnen Jahresfrist lediglich um 0,4 Prozent.

Die Zahlen zeigen, dass sich der neuerliche Inflationsanstieg bislang vor allem auf bestimmte Energieprodukte konzentriert. Ob daraus ein breiterer Preisdruck entsteht, hängt wesentlich davon ab, wie lange die hohen Ölpreise anhalten und in welchem Umfang Unternehmen ihre zusätzlichen Kosten weitergeben.

Dass einzelne Dienstleistungen weiterhin deutlich teurer werden, zeigt allerdings auch, dass die Preisentwicklung innerhalb der Wirtschaft unterschiedlich verläuft. So stiegen die Preise für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen um 6,3 Prozent und für die Wartung und Reparatur von Fahrzeugen um 4,7 Prozent.

Letzteres ist insbesondere für die Kfz-Versicherer relevant, deren Schadenaufwendungen auch von Werkstattkosten und Ersatzteilpreisen beeinflusst werden.

IWF hebt Wachstumsprognose trotz Energiekrise an

Parallel zu den Inflationsdaten hat der Internationale Währungsfonds seine Erwartungen für die deutsche Wirtschaft deutlich nach oben korrigiert. Statt der im Juli prognostizierten 0,7 Prozent rechnet der Fonds für 2026 inzwischen mit einem Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent. Für 2027 werden 1,1 Prozent erwartet.

Die günstigere Einschätzung beruht unter anderem auf staatlichen Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung sowie einer stärkeren Exportentwicklung. Dagegen bleiben

der private Konsum und die Investitionstätigkeit der Unternehmen vergleichsweise schwach.

Gerade darin liegt die wirtschaftliche Spannung. Während zusätzliche öffentliche Ausgaben und Exporte die gesamtwirtschaftliche Leistung stützen, schmälern steigende Energiepreise die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und erhöhen die Kosten zahlreicher Unternehmen.

Wachstum bedeutet unter diesen Bedingungen nicht zwangsläufig, dass sich die wirtschaftliche Lage in allen Bereichen gleichermaßen verbessert. Entscheidend ist vielmehr, welche Nachfragekomponenten die Erholung tragen und wie sich die zusätzlichen Energiekosten auf Konsum, Investitionen und Produktion verteilen.

Für die EZB zählt die Dauer des Preisdrucks

Für die Europäische Zentralbank ergibt sich daraus eine schwierige Abwägung. Die deutsche Inflationsrate liegt inzwischen deutlich über dem mittelfristigen Inflationsziel von zwei Prozent, während die Kerninflation und die Dienstleistungspreise bislang keine vergleichbare Beschleunigung erkennen lassen.

Ein Anstieg importierter Energiepreise lässt sich durch höhere Zinsen nicht unmittelbar beseitigen. Geldpolitisch relevant wird er vor allem dann, wenn Unternehmen die höheren Kosten dauerhaft weitergeben, Beschäftigte entsprechende Lohnanpassungen erwarten und sich dadurch der allgemeine Preisauftrieb verstärkt.

Hinzu kommt, dass die EZB ihre Entscheidungen an der Preisentwicklung im gesamten Euroraum ausrichtet und nicht an der deutschen Inflationsrate allein.

Die Septemberzahlen dokumentieren deshalb zunächst einen erneuten Energiepreisschock, aber noch keine flächendeckende Beschleunigung der Teuerung. Mit der seit Oktober geltenden Senkung der Energiesteuer kommt zudem eine staatliche Entlastung hinzu, deren Wirkung sich erst in den kommenden Monatsdaten zeigen wird.

Die deutsche Wirtschaft steht damit vor einer Entwicklung, die sich nicht allein an der Inflationsrate oder der Wachstumsprognose ablesen lässt. Während der IWF eine stärkere Konjunktur erwartet, verschieben die höheren Energiepreise erneut die Kosten zwischen Unternehmen, Verbrauchern und Staat. Ob die wirtschaftliche Erholung dadurch an Breite verliert, hängt vor allem davon ab, wie

dauerhaft der Energiepreisanstieg ausfällt und ob er auf andere Preise übergreift.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 364 vom 13. Oktober 2026; Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook, Oktober 2026.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4952449/Inflation-im-September-bei-33-Prozent-Energiepreise-treiben-die-Teuerung/>